

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postträger
und für Ruhestätige die Postämter
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Jahrespreis = 12 Mark. Nr. 33.

Angabenpreis: Die Abonnements
bestellen für Anzeigen aus A. u. u.
Umgebung 20 Goldpfennige, aus
wärtige Anzeigen 25 Goldpfennige,
Kontinental-Postgebiete 30 Goldpfennige,
amtliche Zeile 25 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 250

Sonntag, den 25. Oktober 1925

20. Jahrgang

Einberufung des Völkerbundesrates zur Schlichtung des griechisch-bulgarischen Konfliktes.

Eine bulgarische Note an den Völkerbund. — Telegramm Briands. — Sonderession des Völkerbundesrates in Paris. — Darstellung der griechischen und bulgarischen Regierung.

Sofia, 23. Okt. Wie die bulgarische Telegraphen-Agentur meldet, hat die bulgarische Regierung an das Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf eine Note gerichtet, in der die Vorgänge bei dem Grenzzwischenfall dargelegt werden und dann wörtlich gesagt wird:

„Sobald nach Empfang der Nachricht beauftragte die bulgarische Regierung ihre Gesandtschaft in Athen der Griechischen Regierung die Bildung einer Gemischten Kommission vorzuschlagen, die die Verantwortung für den Zwischenfall festzustellen hätte. Dieser Vorschlag wurde durch die Vermittlung der griechischen Gesandtschaft in Sofia dreimal wiederholt. Bevor sie unseren Vorschlag beantwortete, befahl die griechische Regierung ihren Truppen, in Bulgarien einzumarschieren. Zahlreiche, mit Artillerie versehene griechische Abteilungen stießen bis zu einer Tiefe von acht Kilometern auf bulgarisches Gebiet vor. Die bulgarischen Grenzposten erhielten den Befehl, keinen Widerstand zu leisten. Der griechische Vormarsch dauerte an. Die griechische Artillerie schoss mehrere Granaten gegen die offene Stadt Petritsch. Ein griechisches Flugzeug warf mehrere Bomben. Die bulgarische Regierung legt mit äußerster Energie gegen den offensichtlichen Angriff seitens des Völkerbundes ein Mittel gemäß den Artikeln 10 und 11 der Völkerbundeschartung das Sekretariat, den Völkerbundsrat unverzüglich zusammenzurufen, um die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen. Sie ist überzeugt, daß der Rat seine Pflicht erfüllen wird. Sie hält den an das Heer erteilten Befehl aufrecht, dem Angreifer keinen Widerstand zu leisten.“

Genf, 23. Okt. Der Generalsekretär des Völkerbundes erhielt heute, 23. Oktober, ein zweites Telegramm der bulgarischen Regierung mit folgendem Wortlaut:

„Im Anschluß an mein Telegramm vom 22. d. Ms. glaube ich zur Kenntnis des Völkerbundes bringen zu müssen, daß die griechischen Truppen die Operationen am gestrigen Nachmittag und während der Nacht fortgesetzt haben und auf einer Front von 32 Kilometer Länge und in einer Tiefe von 10 Kilometer auf bulgarischem Gebiet vorgegangen sind. Unsere Verluste betragen bis jetzt: drei Soldaten wurden getötet, sechs Soldaten und ein Offizier wurden verwundet, während sieben Soldaten vermißt werden und ein Techniker schwer verletzt wurde. Von den Einwohnern von Petritsch, einer Stadt ohne irgendwelchen Schutz, welche von der griechischen Artillerie beschossen wurde, wurden sieben verwundet. Niemand der bulgarischen Regierung erneuere ich mein gesteigertes Gesuch, Sie möchten die Güte haben, den Völkerbund dringend einzuberufen. ges. Kalfoff, Minister des Aeußeren.“

Dieses Telegramm wurde vom Generalsekretär des Völkerbundes sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundesrates und auch sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundes zur Kenntnis gebracht.

Der französische Minister des Aeußeren Briand, amtierender Vorsitzender des Völkerbundesrates, hat folgendes Telegramm an die bulgarische und griechische Regierung gerichtet:

„Der Generalsekretär des Völkerbundes berief, gestützt auf Artikel 11 des Paktes, den Rat für den nächsten Montag zu einer Sonderession nach Paris ein. In dieser Tagung wird der Rat zusammen mit den Vertretern Griechenlands und Bulgariens den ganzen Fragenkomplex prüfen. Indes bin ich gewiß, einen Wunsch meiner Kollegen zu interpretieren, wenn ich die beiden Regierungen an die Verpflichtungen, die ihnen als Mitglieder des Völkerbundes auferlegt sind, an ihre feierlichen Verpflichtungen auf Grund des Artikels 12, nicht zum Kriege zu schreiten, und an die schwerwiegenden Konsequenzen, welche nach dem

Pakte aus dessen Verletzungen sich ergeben werden, erinnere. Ich ermahne daher die beiden Regierungen, unverzüglich die nötigen Instruktionen zu erteilen, damit die Prüfung des Streitfalles durch den Rat nicht durch neue militärische Operationen unterbrochen werde, sondern daß die Truppen jeder Regierung sofort hinter ihre Grenzen zurückgezogen werden.“

ges. Briand.“

Der Generalsekretär des Völkerbundes brachte dieses Telegramm sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundesrates sowie sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundes zur Kenntnis.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat im Einverständnis mit dem amtierenden Vorsitzenden im Völkerbundsrat, Briand, den Rat auf Montag, den 26. Oktober um 4,30 Uhr nachmittags nach Paris einberufen, um sich mit dem zwischen Griechenland und Bulgarien ausgebrochenen Konflikt zu beschäftigen.

London, 23. Okt. Staatssekretär Chamberlain wird sich am Sonntag nach Paris begeben, um an der für Montag angeetzten Sitzung des Völkerbundesrates, die sich mit dem bulgarisch-griechischen Zwischenfall beschäftigen wird, teilzunehmen.

Athen, 23. Okt. Wie amtliche Kreise mitteilen, hat die griechische Regierung, sowohl durch ihre diplomatischen Vertreter im Auslande als in Besprechungen mit den Vertretern der Mächte in Athen ihre friedlichen Absichten betont, die sie übrigens dadurch bewies, daß sie ihren Schritten bei der bulgarischen Regierung den Charakter eines Ultimatum zu geben vermied. Sie ist nach wie vor dazu bereit, einer friedlichen Lösung zuzustimmen, unter der Bedingung, daß ihr Ansehen durch die verlangte Genugtuung und die Zahlung eines Schadenersatzes, worauf sie zu bestehen entschlossen ist, gewährleistet werde. Derselbe Standpunkt wurde dem bulgarischen Geschäftsträger in Athen nahegelegt, dem außerdem erklärt wurde, daß vor der Ausführung der in der griechischen Note enthaltenen Bedingungen und der Räumung des von den Bulgaren besetzten griechischen Postens jede Erörterung unnötig sei.

Der Oberbefehlshaber der griechischen Armee in Mazedonien telegraphierte: „Da die Bulgaren in der Gegend von Demir Hisar auf griechischem Gebiet standen, wurde ich, um die großen Verluste zu vermeiden, die ein Frontalangriff nach sich gezogen hätte, sowie aus anderen strategischen Gründen dazu gezwungen, meine Kräfte bis Petritsch und nördlich von Kula vorzuschieben, was die Bulgaren nötigte, das griechische Gebiet zu räumen.“ Die griechische Regierung erteilte darauf den strengen Befehl, den Vormarsch der Truppen einzustellen, falls die Bulgaren keinen neuen Angriff unternehmen.

Sofia, 23. Okt. Gestern Abend, vier Tage nach dem Grenzzwischenfall, sprach der griechische Geschäftsträger bei dem hiesigen Departement der Auswärtigen Angelegenheiten vor und überreichte im Namen seiner Regierung eine Note. Dieses Schriftstück enthält eine Reihe von Forderungen, verlangt Genugtuung und versucht, Bulgarien für den Zwischenfall verantwortlich zu machen. Wie verlautet, versucht die bulgarische Regierung seit drei Tagen vergebens, die Zustimmung der griechischen Regierung zu ihrem Vorschlag zu erhalten, eine Untersuchung über den Zwischenfall einzuleiten, und lehnt jede Verantwortlichkeit für diesen Vorfall, den sie als durch Griechenland herbeigeführt betrachtet, ab. Da die Sache gemäß den Satzungen des Völkerbundes dem Völkerbundsrat schon unterbreitet wurde, beabsichtigt Bulgarien nicht, die griechische Note zu beantworten, vielmehr will sie mit Vertrauen auf die Entscheidung des Rates warten. Die Tätigkeit der griechischen Truppen auf bulgarischem Boden entwickelt sich auf einem Gebiet von 20 Kilometer Länge und 8 Kilometer Tiefe.

v. Hoersch wieder in Paris.

Paris, 23. Okt. Vorkämpfer von Hoersch, der heute von seiner Reise nach Berlin hierher zurückgekehrt ist, hat heute nachmittag Außenminister Briand einen Besuch abgestattet und in dessen Verlauf mit Briand die durch die Paraphierung der Abkommen von Locarno geschaffene Lage besprochen. Der deutsche Vorkämpfer verhandelte hierauf mit dem Generalsekretär im Ministerium des Auswärtigen Philippe Berthelot.

Deutsch-ägyptischer Handelsvertrag.

Paris, 23. Okt. Der ägyptische Ministerpräsident Elwer-Nascha, der sich seit einiger Zeit in Frankreich aufhält, ist von hier nach Berlin gereist, um sich mit dem Reichsminister des Aeußeren über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Ägypten zu unterhalten. Der Ministerpräsident wird Anfang nächster Woche nach Paris zurückkehren.

Die Bilanz von Locarno.

Von Dr. Rüd. W. d. R.

Die Regie der offiziellen Berichterstattung war diesmal gut. Wohl hatte sich auch Schmol unter die Berichterstatter gemischt und erzählte mit breitem Behagen, wie Luther und Briand bei der vollbusigen Wirtin in der Osterreich Weintrauben gegessen und die Hauskate gestreichelt hatten, und wie der im Begensatz zum abgepannten und bleichen Reichsminister sonnengebrannte Stresemann bereits wenige Stunden nach seiner Ankunft am Arme seiner rosenpendenden Gattin einen Ball zierte, aber im großen und ganzen klappte die Sache, und am Schluß erlag fast unisono der Dithyrambus der Regierungspresse in allen beteiligten Ländern über das große Ereignis von Locarno. Doch gar bald ließ sich auch der Chor der Opposition vernehmen, und so klingt's noch heute nicht nur bei uns, in den verschiedensten Tonarten. So sagt der „Welt Parisien“: „Der Vertrag ist ein Meisterwerk juristischer Scharfsinn und politischer Weisheit.“ Das „Echo de Paris“ aber meint: „Die Männer, die den Vertrag gemacht haben, kennen Europa entweder nicht, oder sie kennen es zu gut!“

Ueber die wirkliche Bedeutung von Locarno wird man sich am ehesten und besten klar, wenn man sich einige ganz nüchterne Fragen vorlegt. Was haben wir gegeben; was haben die anderen uns gegeben; was hat man nicht gegeben?

Was haben wir gegeben? Mit einem kurzen Wort ist's gesagt: Die Anerkennung der im Gewaltakt von Versailles uns aufgezwungenen Westgrenze und damit den Verzicht auf Elsaß-Lothringen. Das Entscheidende dabei ist, daß ein einseitiger Gewaltakt, der uns bei unserer Wehrlosigkeit Elsaß-Lothringen nahm, jetzt ersetzt worden ist durch einen beiderseits freiwillig vollzogenen Rechtsakt.

Darüber hinaus haben wir in Aussicht gestellt den Beitritt zum Völkerbund und schließlich haben wir uns hinsichtlich aller Streitigkeiten, die zwischen uns und Frankreich oder Belgien entstehen können, zu schiedsrichterlichem Verfahren verpflichtet.

Was haben die anderen uns gegeben? Durch Anerkennung des Schiedsgerichtsgedankens auf französischer Seite wird uns gegenüber eine Abkehr Frankreichs von der Politik der Sanktionen und Diktate gewährleistet. Materie ist am Akt von Versailles nichts geändert worden, aber die Handhabung der Folgen von Versailles ist eine andere, schiedsgerichtlich geordnete und dadurch der brutalen Willkür entzogene geworden.

Durch Garantie der Westgrenze Deutschlands auch durch England ist das tatsächliche Ende der einseitig gegen uns gerichteten Ententepolitik herbeigeführt, durch Einbeziehung Deutschlands in den Kreis des weit ausgebauten Schiedsgerichtsgedankens werden faktisch die übelsten Folgen von Versailles abgebogen.

Was hat man uns nicht gegeben? Die Räumung der Kölner Zone ist in bindender Form nicht zugestanden worden. In Aussicht gestellt worden ist jedoch eine Milderung des Besatzungsregimes und eine Verminderung der Besatzung. Mit keinem Wort ist die Abkürzung der in Versailles bestimmten Räumungsfrist erwähnt worden, mit vielen schönen Worten hat man in unverbindlicher Form die Hoffnung auf baldige Räumung der Kölner Zone erweckt. Mit Hoffnungen aber ist weder Deutschland im allgemeinen noch dem Rheinland im besonderen gedient, und für das Schicksal der Annahme oder Ablehnung der Abmachungen von Locarno will es uns deshalb ausschlaggebend erscheinen, ob bis zum 1. Dezember die Hoffnung auf Räumung durch eine realpolitische Gemüthsheit ersetzt wird.

Nicht gegeben hat man uns ferner die von uns verlangte Befreiung von den Durchmarschverpflichtungen des Artikels 16 von Versailles. In einem dem Schlußprotokoll im Entwurf beigefügten Briefe der anderen Regierungen an die deutsche ist eine für Deutschland erträgliche Auslegung dieser Bestimmung versprochen worden.

Welche Fragen sind umgangen worden? Die Schiedsverträge Deutschlands mit Polen und der Tschechoslowakei sollten nach französischem Wunsch unter die Garantie Frankreichs gestellt werden. Eine Entscheidung hierüber ist unterblieben. Das Ostproblem ist also völlig ungeklärt.

Nach alledem liegen die Dinge so, daß der einzige realpolitische Erfolg für Frankreich in dem freiwillig erklärten Verzicht Deutschlands auf die im Westen raubten Gebiete zu suchen ist, aber starke moralische Erfolge sind für alle Beteiligten, einschließlich Deutschland, zu verzeichnen; sie sind in dem weiteren Ausbau des Schiedsgerichtsgedankens, in der Abkehr von den Regimen einseitiger Gewaltpolitik, in der allgemeinen Entgiftung der europäischen Atmosphäre zu erkennen. Es sich weiterer realpolitischer Gewinn für Deutschland ergibt, kann erst die Zukunft zeigen.

Die Engländer haben sehr schnell den lieben Gott zur Hand, wenn er ihnen in das politische Geschäft paßt. Und so hat auch Chamberlain vor kurzem gesagt: „Ich bete zu Gott, der Sonnenschein von Locarno möge sich in den Herzen und Sinnen der Menschen wiederpiegeln.“ Wir sind nüchterner und bescheidener. Mögen die schönen Worte, mit denen in Locarno vor allem am Schluß der Franzose und der Briten nicht geizten, sich recht bald in Taten ihrer Regierungen umsetzen.

Für Deutschland besteht trotz der bescheidenen realpolitischen Erfolge in Locarno kein Zweifel daran, daß es den